



**BERLINER
EINBLICKE #76**
FÜR KÖLN, FÜR SIE.

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

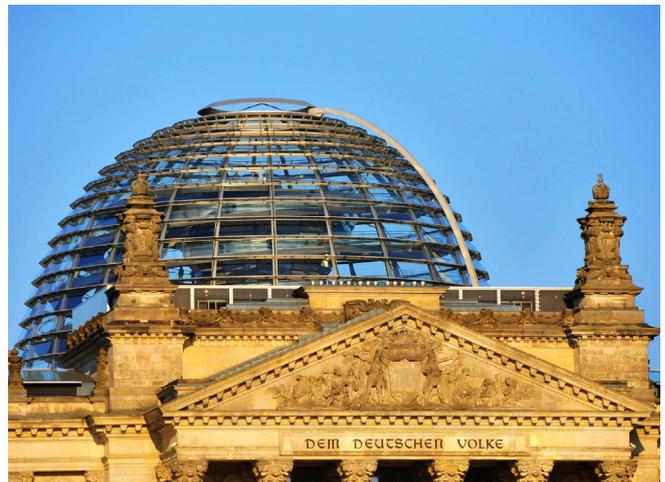
Anfang Juli 2019

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Das war es mit der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause. Natürlich geht die Arbeit im Wahlkreis weiter, aber, Sie erlauben es mir, nun „muss“ ich bis September nicht mehr nach Berlin und „darf“ vielmehr in unserem Köln arbeiten, herrlich!

Das letzte halbe Jahr war aus politischer Sicht durchaus turbulent – was dadurch leider oft untergeht: Die Große Koalition hat entgegen ihrem ausbaufähigen Ruf fleißig und gut für unser Land gearbeitet. Ich gebe Ihnen dafür Beispiele aus dieser Woche, in der wir wichtige Themen und Gesetze beschlossen, beraten und debattiert haben: Erste Beratung der Gruppenanträge über Organspenden, Antrag für Gerechtigkeit für die SED-Opfer, Aufarbeitung von DDR-Zwangsadoptionen, zweite und dritte Lesung zum Staatsangehörigkeitsrecht, Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung, Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung, Gesetze zur Grundsteuer, fünftes Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes, der Schiene höchste Priorität einräumen, mit nationaler Tourismusstrategie den Standort Deutschland weiter stärken - die Liste wäre hier noch nicht zu Ende, aber ich möchte Sie nicht weiter quälen.

Eine ergreifende Aktuelle Stunde haben CDU und CSU in dieser Woche beantragt. Nach dem feigen Mord an Walter Lübcke war es uns ein Anliegen, gegenüber den Angehörigen unser Mitgefühl und unsere Trauer auszudrücken. Und wir müssen darüber sprechen, welches Klima es erst möglich machte, dass aufgrund politischer Differenzen und Motive ein Mensch vor seinem eigenen Haus im beschaulichen Kassel hingerichtet werden konnte. Hetze wie Hass prasseln heute auf die oftmals ehrenamtlich engagierten Vertreter unserer Gesellschaft und Demokratie nieder, das im Verborgenen schlummern-



Zwar geht der Deutsche Bundestag nun in seine parlamentarische Sitzungspause, das bedeutet aber nun einmal nicht Sommerpause. Deshalb stehen nun zahlreiche Termine in den Wahlkreisen an, die Nacharbeit und die Vorbereitung für den Herbst knüpfen nahtlos an.

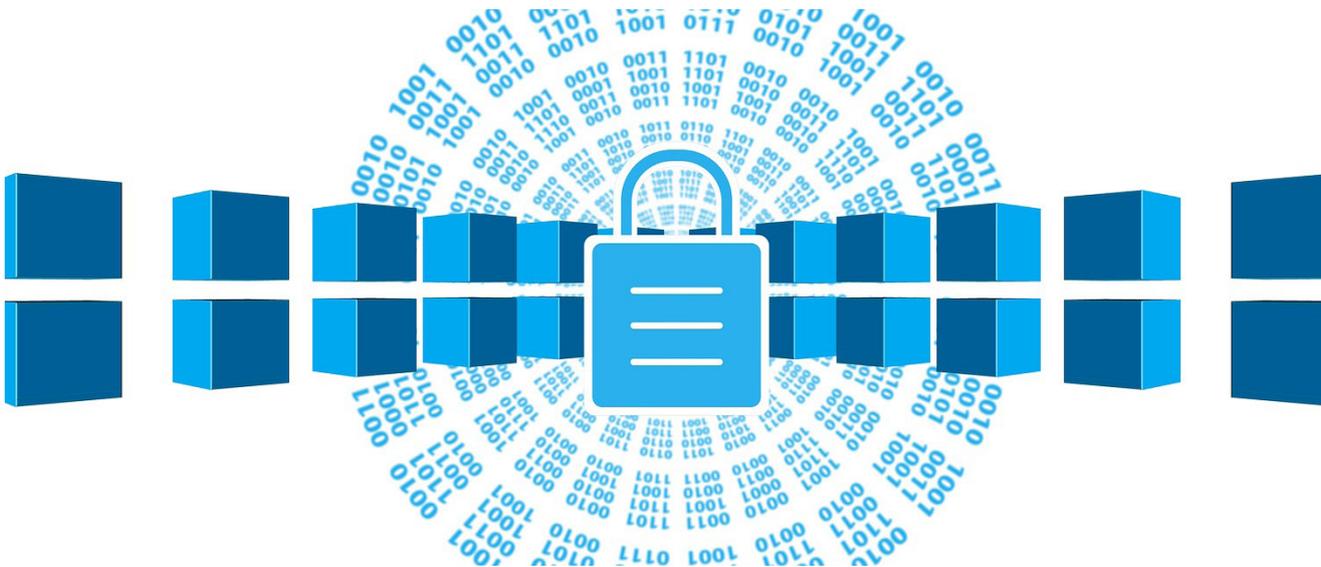
de Gewaltpotential ist die größte Gefahr für das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Wenn Sie erschreckende Beispiele aus dem Alltag eines Politikers hören möchten, [sehen Sie hier die entsprechende Rede](#) von CDU-MdB Marian Wendt aus Sachsen an. Dem müssen wir stärker und entschlossen begegnen, bewusster miteinander sprechen und nicht mehr schweigen, wenn uns Menschenfeindlichkeit und Rassismus begegnen. Blicken wir auf die laut dem jüngst vorgestellten Verfassungsschutzbericht 12.000 gewaltbereiten Rechtsextremisten „sind wir spät dran, für Walter Lübcke zu spät“ (so der Abgeordnete Michael Brand (CDU) in Erinnerung an seinen Freund Walter Lübcke).

Ihr

Heribert Hirte

Das Thema

Blockchain: Neustart für die digitale Zukunft



Der Hype war riesig und kaum zu übersehen – sogenannte Kryptowährungen wie Bitcoin, Ethereum oder IOTA boomten im Jahr 2017, nachdem sie etwas weniger als ein Jahrzehnt ein Schattendasein im Netz geführt hatten. Doch der damalige Run auf Digitalwährungen ebte schnell wieder ab. Angesichts dieser Achterbahnfahrt der Wertsteigerung verpasste die Öffentlichkeit größtenteils, dass neben den virtuellen Währungen an sich mit dem Bitcoin-Hype auch eine Technologie prominent zum Einsatz kam: die Blockchain.

Experten trauen der Blockchain revolutionäres Innovationspotential zu. Einfach gesprochen ist die Blockchain eine Aneinanderreihung und Verbindung von digitalen, fälschungssicheren Datenblöcken. Von Block zu Block wächst eine Kette an und bildet ein Gesamtgefüge, das Daten sicher verschieben kann. In jedem dieser Blöcke sind Transaktionen festge-

halten, die zum Beispiel (bislang theoretisch) Überweisungen, Bestellungen oder Wertpapiere darstellen können. Man kann die Blockchain daher als neue Art eines (doppelten) Buchhaltungssystems verstehen. Das Besondere: Diese Datenketten sind auf einer Vielzahl dezentral vernetzter Rechner gespeichert, auf jedem Rechner dieselbe Datenkette mit denselben komplexen Informationen miteinander verbunden und gespiegelt. So „überwachen“ sich die Rechner gegenseitig; es ist nicht möglich, durch Manipulation an einer Stelle die gesamte Kette zu verfälschen. Das System ist transparent und sicher.

Nun haben einige Wirtschaftszweige enormes Interesse an dieser Technologie: Die Finanzwirtschaft, die Energiewirtschaft oder die Logistikbranche, aber auch in der Verwaltung kann Blockchain-Technologie vieles erleichtern. In Deutschland haben sich zahlreiche Unternehmen gegründet, die im Bereich Blockchain forschen, auch ein Verband hat sich bereits gegründet. Um diesen Innovationsvorsprung in einem revolutionären Technologiebereich zu stärken, haben sich Rechts-, Digital- und Finanzpolitiker in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wie Heribert Hirte, Thomas Heilmann, Nadine Schön, Matthias Hauer

und Tankred Schipanski zusammengeschlossen und ein Papier verfasst. Die Politiker haben sich dabei einer enormen Themenbreite angenommen: Digitale Wertpapiere, digitale Kapitalgesellschaften bis hin zu notar-zertifizierten digitalen Identitäten. Alles Innovationen, die Deutschland als erstes und führendes Land weiter erfolgreich voranbringen sollen. Die Unionsfraktion macht so mit ihrem Papier einen wichtigen ersten Aufschlag. Noch in diesem Jahr beabsichtigt die Bundesregierung, eine nationale Blockchain-Strategie zu verabschieden. Das Papier aus der Unionsfraktion setzt hier bereits regulatorische, technische wie innovative Standards.

Besonders bedeutsam ist der Vorschlag einer „neuen Gesellschaftsform“ auf Blockchain-Basis, die Heribert Hirte wesentlich verfasst hatte. Eine solche neue, digitale Rechtsform ist für Hirte elementar. Er verweist auf die enorme Wechselwirkung zwischen Gesellschaftsformen und der wirtschaftlichen Entwicklung. Besteht erst einmal Vertrauen und Rechtssicherheit kann sich ein Markt auch voll entfalten.

Weiter auf Seite 3.

Das Blockchain-Papier der CDU/CSU

- Einen Beitrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu diesem Papier [finden Sie hier](#).
- Das komplette Papier steht [hier online](#).

Fortsetzung von Seite 2.

Solche neuen, digitalen Kapitalgesellschaften könnten eine Zwischenform zwischen klassischer GmbH und AG darstellen. Ihre Anteile würden in Form von Token übertragen, gegründet würden sie mit der Hilfe spezialisierter Notare. Zusammen mit der Einführung von Blockchain-Anleihen könnten sich so für Start-ups, Immobilien-

oder Softwarefirmen ganz neue Finanzierungswege ergeben.

Diese kurze Zusammenfassung des Papieres zeigt, dass für die Union gilt, innovativer Technologie zum Durchbruch zu verhelfen. Gleichzeitig heißt es, ausreichend Sicherheit in allen Anwendungsbereichen zu garantieren. Virtuelle Währungen dürfen nicht unser Geldsystem und die Stabilität des Euro gefährden. Auch benötigt die

Wirtschaft sichere Standards, um in einem globalisierten und weltweit vernetzten Markt vertrauensvoll handeln zu können. Neuen Ideen Freiraum verschaffen, sichere und faire Marktbedingungen schaffen und den Standort Deutschland stärken – das Blockchain-Papier zeigt einen neuen Weg, wie sich die Union entschlossen entscheidenden Themen der Zukunft widmet.

Seitenblick 

Kurz informiert

Ende des Godorfer Hafens

Der Ausbau des Godorfer Hafens im Naturschutzgebiet Sürther Aue steht endgültig vor dem Aus. Nachdem sich Heribert Hirte seit Jahren öffentlich für die Beendigung jeglicher Ausbaupläne ausspricht, betonte nun auch Bernd Petelkau, der Fraktions- und Parteivorsitzende der Kölner CDU und Mitglied des Landtags, dies erneut, diesmal bei einer Bürgerveranstaltung in Sürth: „Wir werden den Hafenausbau bis zum Ende des Jahres formell beenden und mit dem Thema nicht in die neue Wahlperiode gehen“. Das ist ein Paukenschlag und ein großer Erfolg der CDU Köln und insbesondere der CDU Sürth, der AG Hafen und aller Engagierten, die sich gegen das ökologisch und ökonomisch unvernünftige Projekt seit Jahren gewehrt hatten. Insbesondere der Schutz der Sürther Aue war für Hirte ein elementarer Grund, vom Ausbau des Hafens abzusehen. Auch sind die Verkehrskapazitäten durch andere Anlegestellen ausreichend gesichert. Es wird wohl nun eine Ratsmehrheit von CDU, Grünen, der Linken und der FDP in einer der kommenden Sitzungen den nach wie vor geltenden Ausbaubeschluss für den Godorfer Hafen zurücknehmen.

COSAC-Treffen

Als Mitglied des Europaausschusses nahm Heribert Hirte am COSAC-Treffen in Bukarest teil. The-

men waren unter anderem der Freihandel mit dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit und der gemeinsame europäische Bildungsraum. Nachdem in Großbritannien ein Kampf um die Nachfolge von Theresa May entbrannt ist, bot das Treffen in Bukarest auch passende Gelegenheit, hier Einigkeit zwischen den Parlamenten der EU-Mitgliedsländer herzustellen. Heribert Hirte machte noch einmal deutlich: „Auch ein harter Brexit bedeutet nicht, dass Großbritannien sich seiner finanziellen Zusagen an die Europäische Union entledigen kann. Auch in Zukunft bleibt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs hier maßgeblich – unabhängig vom Austritt der Briten aus der Europäischen Union.“

Erste Beratung der Organspende-Gruppenanträge

Obwohl die Zahl von Menschen, die auf ein Spenderorgan angewiesen sind, gleichbleibend hoch ist, verzeichnet man in Deutschland weiterhin eine geringe Zahl an Organspenden. Diese Woche hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung Gesetzentwürfe zur Frage beraten, wie die Zahl der verfügbaren Organe gesteigert werden kann. In diesem ethisch schwierigen Thema müssen Lösungsvorschläge gut begründet und abgewogen werden. Daher erfolgt die Auseinandersetzung um die beste Lösung über die Fraktionsgrenzen hinweg mit sog. Gruppenanträgen. Insbesondere um-

Was ist COSAC überhaupt?

- Die Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europa-Angelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (Conference of Community and European Affairs Committees of Parliaments of the European Union - COSAC) wurde 1989 gegründet. Eines der Ziele von COSAC: Die Parlamente der Mitgliedstaaten sollen besser auf europäischer Ebene mitwirken; deshalb treffen sich die zuständigen Abgeordneten der jeweiligen Ausschüsse für Europaangelegenheiten.
- Die Treffen finden halbjährlich statt und werden immer von dem Land organisiert, das aktuell die EU-Ratspräsidentschaft innehat.
- Jedes Mitgliedsparlament entsendet 6 Abgeordnete; Parlamente der Beitrittsländer, die EU-Kommission und der Rat genießen Beobachterstatus ohne Stimmrecht.
- Für den EU-Ausschuss des Deutschen Bundestages bildet sie ein entscheidendes Element der bi- und multilateralen Kooperation mit anderen EU-Ausschüssen nationaler Parlamente der EU-Mitgliedstaaten.

stritten ist die Frage, wie ein Einvernehmen möglicher Spender erreicht werden kann. Eine Gruppe, in der Heribert Hirte federführend mitarbeitet, vertritt die Auffassung, dass einer Organspende ausdrücklich zugestimmt werden sollte.

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Fortsetzung von Seite 3:

Eine andere Gruppe wirbt für die Überzeugung, dass einer Organ-spende im Vorfeld ausdrücklich widersprochen werden müsste. Welcher Antrag sich am Ende durchsetzt, bleibt bislang noch offen und wird sich erst im Herbst herauskristallisieren.

Übergabe aramäischer Schriften

Der Bundesvorsitzende der Aramäer in Deutschland übergab dem Deutschen Bundestag, vertreten durch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, zwei enorm wertvolle religiöse Schriften. Diese werden in Zukunft vor dem Andachtsraum im Reichstagsgebäude aufbewahrt. Neben Schäuble kamen u.a. Heribert Hirte als Vorsitzender des Stephanuskreises, Markus Grübel als Beauftragter der Bundesregierung und Cem Özdemir zu der Übergabe.

Rede zum Digitalen Urheberrecht

Oftmals dauern Plenarsitzungen bis tief in die Nacht. Heribert Hirte nimmt dies gelassen, denn die politische Auseinandersetzung und Argumente brauchen eben Zeit. Diese Woche beriet der Deutsche Bundestag die Forderung der AfD, eine „Subsidiaritätsklage“ gegen die neue EU-Richtlinie zum Urheberrecht zu erheben. Völlig unabhängig davon, dass die Antragsbegründung der AfD in keinerlei Weise juristisch nachvollziehbar oder haltbar war, ist das Thema Urheberrecht im digitalen Zeitalter außerordentlich wichtig, und es werden in Zukunft noch einige Debatten hierzu geführt werden. Für die AfD aber hatte es über mehr als ein Jahr Gelegenheit gegeben, Argumente und Bedenken im Ausschuss oder dem Unterausschuss Europarecht substantiiert zu äußern. Und was kam von der AfD in dieser Zeit? Nichts! Kein Einwand, kein sachlicher Beitrag. Aber sehen Sie selbst [die ganze Rede von Heribert Hirte hier](#).

Verstärkung im Berliner Büro



Seit Mitte des Monats haben wir einen Neuzugang in unserem Berliner Büro: Die Diplomjuristin Friederike Gräfin Egloffstein übernimmt ab sofort die Betreuung der Themen im Rechtsausschuss und im Unterausschuss Europarecht als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Nach dem Jura-Studium in Passau, im niederländischen Leuven und in Münster hatte sie bereits einige Monate im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gearbeitet. Neben der Arbeit für Professor Hirte schreibt sie an ihrer Masterarbeit für einen englischsprachigen LL.M. in Internationalem Recht. Frau Egloffstein freut sich sehr darauf, Professor Hirte bei der Vertretung der Rechtsthemen in der Union und für seinen, für Ihren Kölner Wahlkreis zu unterstützen.



Weitblick

Die Termine

Montag, 1. Juli 2019

Besuch des Europaausschusses bei der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main

Freitag, 5. Juli 2019

CSD-Empfang der Stadt Köln, Rathaus Köln

Samstag und Sonntag, 6. und 7. Juli 2019

Rodenkirchener Sommertage

Foto der Woche

Volker Kauder und Heribert Hirte fordern: Verfolgung religiöser Minderheiten im Jemen muss aufhören. In einer Presseerklärung sprachen sich gegen eine Verurteilung und für die Freilassung von Hamed bin Haydara aus, der am 2. Januar 2018 als praktizierender Bahá'í von einem Sondergericht in Sana (Jemen) aus religiösen Gründen zum Tode verurteilt wurde. Lesen Sie [hier mehr](#).

Das [christliche Medienmagazin pro](#) berichtete zu den jeweiligen Gruppenanträgen zur Organspende. Heribert Hirte hat an dem Entwurf mitgearbeitet, der die Entscheidungslösung stärken soll.

In einer [Pressemitteilung](#) sprach sich Hirte dafür aus, dass Nordrhein-Westfalen auch das bayerische „Einfach-Grundsteuermodell“ übernehmen sollte: „In diesem Modell ist es nur folgerichtig, die Umlagefähigkeit der Grundsteuer als Mietnebenkosten beizubehalten, damit wir weiterhin ein System der fairen Verteilung haben.“

Finnland hat mit dem 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Ein Schwerpunkt dieser Präsidentschaft soll das Thema Rechtsstaatlichkeit werden. Hierzu Hirte in einer Pressemitteilung: „Das Thema „Rule of Law“ ist ein wichtiger Bestandteil einer fortschreitenden europäischen Integration und eines verbesserten Rechtssystems für Bürger aller europäischen Länder. Deshalb rufe ich dazu auf, dem Vorschlag von Belgien und der Bundesregierung zu folgen, und die Einrichtung eines Peer-Review Mechanismus anzustoßen.“ [Mehr lesen Sie hier](#).

Die UN-Sonderberichterstatterin für Eritrea sowie kirchliche Hilfswerke berichteten übereinstimmend, dass die eritreische Regierung die Beschlagnahme zahlreicher Gesundheitseinrichtungen der eritreisch-katholischen Kirche angeordnet hat. Dagegen wandte sich Hirte [in einer Pressemitteilung](#) und forderte, die medizinische Grundversorgung und die Religionsfreiheit in Eritrea zu schützen.



Stolz waren die Kölner Bundstagsabgeordneten Gisela Manderla und Heribert Hirte. Soeben hat sich Bundeskanzlerin Merkel in das Goldene Buch der Stadt Köln eingetragen.

Querblick



Wie steht es eigentlich mit der Digitalisierung im Bereich der Pflege? Hierüber informierte sich Heribert Hirte auf dem Parlamentarischen Abend der Caritas in NRW, der in Berlin während der letzten Sitzungswoche stattfand. An verschiedenen Stationen eines Gallery Walk wurden digitale Projekte und Errungenschaften für die Sozialbranche vorgeführt.

Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030 / 227 77830
 Fax: 030 / 227 76830

Bürgerbüro:
 Aachener Straße 227
 50931 Köln
 Tel.: 0221 / 589 86 762
 Fax: 0221 / 589 86 765

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de
 [Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.de/HHirte)  [@HHirte](https://twitter.com/HHirte)  www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.